



# Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock

Entstehung, Geschichte und Bilanz

**Lothar Probst und Johannes Saalfeld**

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit



## Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock

Entstehung, Geschichte und Bilanz



1987 besiegelten die beiden Hansestädte Bremen und Rostock in einer Rahmenvereinbarung eine Städtepartnerschaft. Die Partnerschaft stand zunächst unter den spezifischen Bedingungen der deutsch-deutschen Teilung, und neben den offiziell vereinbarten Aktivitäten ließen sich spontane Bürgerkontakte angesichts der Reglementierungen durch die SED und die Staatsicherheit nur schwer realisieren. Ihre eigentliche Dynamik entwickelte die Städtepartnerschaft in der Zeit des politischen Umbruchs, nachdem die Bürgerinnen und Bürger in Rostock, so wie in anderen Städten der DDR, durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit die alten politischen Strukturen zum Einsturz brachten. Schon kurz nach Öffnung der Mauer gingen Bremer und Rostocker daran, gemeinsame Projekte zu initiieren und die Städtepartnerschaft auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit Leben zu füllen. Wie stark die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger der beiden Hansestädte in der Zeit des politischen Umbruchs war, zeigt das von einer Rostocker Bürgerinitiative im Januar 1990 organisierte „Volksfest für Bremen“, an dem Tausende von Bremern teilnahmen. Als die Bremer Rostock verließen, rief ihnen ein Rostocker hinterher: „Kommt bloß wieder!“ Da auch die Bremer politischen Institutionen, an der Spitze der Senat, 1989/1990 sehr schnell auf die neue Lage reagierten und institutionelle Hilfe leisteten, kann die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock für die Zeit zwischen 1990 und 1992 als beispielhaft für die Bedeutung der Städtepartnerschaften beim Aufbau neuer Strukturen gelten. Es ist das Ziel dieser Publikation, die Entstehung und die Geschichte dieser Partnerschaft aus verschiedenen Perspektiven nachzuzeichnen und anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit an ihre Bedeutung in der Beziehung der beiden Städte zu erinnern.

## Inhaltsverzeichnis

---

Grußwort von Bürgermeister und Senatspräsident Jens Böhrnsen und von Oberbürgermeister Roland Methling	6
Vorwort der Herausgeber	8
Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock im Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen	9
Die Entstehung der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock	13
Von der Rahmenvereinbarung zur Bürgerpartnerschaft: 1987 bis 1990	21
Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock 1987 bis 1989 im Spiegel der Stasi-Akten	30
Hand in Hand: Die Bremer Politik und die Bremer Bürger helfen Rostock beim Aufbau neuer Strukturen	39
Feinde, Gegner, Partner, Freunde ... Ein persönlicher Erfahrungsbericht von Christoph Kleemann	49
Dokumentation	53

---

## Vorwort der Herausgeber

---

Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften repräsentieren ein wichtiges Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte, das bisher nur unzureichend aufgearbeitet wurde. Die Umstände ihrer Entstehung in der komplizierten Gemengelage der deutsch-deutschen Beziehungen, die tastenden Schritte der Realisierung von Kontakten, die über die offiziellen und von Seiten der DDR stark reglementierten Austauschprogramme hinausgingen, die Veränderung des Charakters der Städtepartnerschaften in der Zeit des politischen Auf- und Umbruchs in der DDR sowie ihre Bedeutung beim Aufbau neuer Strukturen in den ostdeutschen Partnerstädten sind bislang erst in wenigen Publikationen und wenn dann oft nur bruchstückhaft beleuchtet worden. Das gilt auch für die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock. Es ist vor diesem Hintergrund das Anliegen dieses Buches, die Lücke in der Aufarbeitung der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock zu schließen und aus historischer sowie politischer Perspektive eine systematische Darstellung ihrer Entstehung, Geschichte und Bilanz vorzulegen. Die Publikation versteht sich in diesem Sinne auch als ein Beitrag zum besseren Verständnis der deutsch-deutschen Geschichte und der Triebkräfte, die zur Überwindung der deutschen Teilung und schließlich zur Deutschen Einheit geführt haben. Auch wenn die Städtepartnerschaften im großen Drehbuch der Deutschen Einheit nur eine untergeordnete Rolle spielten, waren sie auf kommunaler Ebene ein wichtiges und unersetzliches Element des Aufbaus neuer Strukturen in Ostdeutschland. Schon kurz nach Öffnung der Mauer gingen Bürgerinnen und Bürger daran, gemeinsame Projekte zu initiieren und die Städtepartnerschaften für den Transfer von Sachmitteln, Fachleuten und Wissen zu nutzen. Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock, das zeigt diese Publikation, bietet viele Beispiele für diese Formen der spontanen zivilgesellschaftlichen Kooperation. Wie stark die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger der beiden Hansestädte in der Zeit des politischen Umbruchs war, zeigt das von einer Rostocker Bürgerinitiative im Januar 1990 organisierte „Volksfest für Bremen“, an dem Tausende von Bremern teilnahmen. Als die Bremer Rostock verließen, rief ihnen ein Rostocker hinterher: „Kommt bloß wieder!“ Da auch die Bremer politischen Institutionen, an der Spitze der Senat, 1989/1990 sehr schnell auf die neue Lage reagierten und institutionelle Hilfe leisteten, kann die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock für die Zeit zwischen 1990 und 1992 als beispielhaft für die Bedeutung der Städtepartnerschaften in der Zeit des politischen Umbruchs gelten.

Diese Publikation entstand in Kooperation mit den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Wir möchten uns auch bei allen Institutionen und Personen bedanken, die in der einen oder anderen Form zur Realisierung der Publikation beigetragen haben. Dazu zählen die Bremer Senatskanzlei, die Bremische Bürgerschaft, das Landesarchiv von Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald, Archivar Bodo Keipke vom Archiv der Hansestadt Rostock, Brigitte Jenning von der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit sowie Prof. Nikolaus Werz von der Universität Rostock. Nicht zuletzt gilt unser Dank Christoph Kleemann, der als kurzzeitiger Interims-Oberbürgermeister in den bewegten Zeiten des politischen Umbruchs und späterer Bürgerschaftspräsident von Rostock einen persönlichen Erfahrungsbericht zu dieser Publikation beige-steuert hat.

Lothar Probst und Johannes Saalfeld, Bremen und Rostock im August 2010

# Die Entstehung der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock

Johannes Saalfeld / Lothar Probst

Die Bremische Stadtbürgerschaft hatte bereits im April 1986 durch einen einstimmigen Beschluss aller Fraktionen (SPD, CDU und Grüne) den Senat beauftragt, mit einer durch die gemeinsame Geschichte verbundenen Stadt in der DDR eine Städtepartnerschaft zu vereinbaren. Nachdem der Bremer Senat zunächst über die Beziehungen der SPD zur SED und im Rahmen eines offiziellen Schreibens an die Regierung der DDR die Lage für den Abschluss einer Städtepartnerschaft Bremens mit einer Stadt der DDR sondiert hatte, kam es zur Anbahnung der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock beim Oberbürgermeistertreffen in Ost-Berlin, das vom 1. bis 5. Juni 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier stattfand. Neben anderen SPD-Bürgermeistern nahm auch der Bremer Bürgermeister und Senatspräsident Klaus Wedemeier auf Einladung der DDR an dem Treffen teil. Während dieser Veranstaltung erhielt Wedemeier Zugang zu höchsten DDR-Spitzenfunktionären und brachte dort sein Anliegen vor. Dort fand auch eine erste Begegnung zwischen Klaus Wedemeier und dem Rostocker Oberbürgermeister Dr. Henning Schleiff statt.

Bereits einen Monat später, am 1. Juli 1987, erhielt Klaus Wedemeier einen Gesprächstermin in Ost-Berlin bei Erich Honecker. Dieser dankte Wedemeier für seine Teilnahme am Oberbürgermeistertreffen und erklärte, dass er diese Geste hoch bewerte. Zudem lobte er die bisherigen guten Beziehungen zwischen Bremen und der DDR. Honecker erklärte weiterhin, dass die ähnlichen Strukturen der Hansestädte Bremen und Rostock „gute Voraussetzungen für eine fruchtbare Partnerschaft zwischen beiden Städten“<sup>18</sup> bilden. Damit hatte Klaus Wedemeier de facto den „Segen“ Honeckers für die Städtepartnerschaft mit Rostock erhalten,

die zu Bremen auch deshalb gut passte, weil mit Gdansk und Riga bereits zwei Städtepartnerschaften Bremens mit ehemaligen Hansestädten im Ostblock bestanden. Das ZK der SED hatte der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock bereits am 6. April 1987 zugestimmt – also lange vor dem Gespräch Honeckers mit Wedemeier. Das zeigt einmal mehr, dass die Städtepartnerschaften von der obersten Entscheidungsinstanz der DDR „geplant“ und nicht etwa der Eigeninitiative von Kommunen überlassen wurden.

Gleich im Anschluss an das Gespräch mit Honecker reiste Wedemeier von Ost-Berlin nach Rostock weiter, wo er mit Vertretern des Rates des Bezirkes und der Stadt Rostock zusammentraf. Am 3. Juli einigten sich er und der Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff darauf, einen Partnerschaftsvertrag vorzubereiten. Direkt nach seinem Besuch in Ost-Berlin und Rostock ließ Klaus Wedemeier über die Senatspressestelle der Öffentlichkeit mitteilen:

*„Wir hatten nicht nur mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR ein offenes und konstruktives Gespräch. Diese gute Atmosphäre setzte sich fort auch in den Gesprächen auf Bezirksebene und mit den Repräsentanten der Stadt Rostock. Rostock paßt gut zu den Städten, mit denen Bremen bereits besondere Beziehungen geknüpft hat. Ebenso wie Bremen, Danzig und Riga ist Rostock eine Hafenstadt, die von der Werftindustrie und Hafengewirtschaft geprägt ist. Wir sind daran interessiert, den Kontakt zwischen Rostock und Bremen möglichst rasch und konkret auszubauen. Unsere Gespräche mit der DDR waren dafür ein guter Anfang und eine solide Grundlage.“*<sup>19</sup>

Tatsächlich kam noch im selben Monat eine Delegation aus Rostock unter Leitung des ersten stellvertretenden Rostocker Ober-

<sup>18</sup> Potthoff (1995): Anm. 4, S. 559. Nachdruck des Gesprächsprotokolls im Anhang dieses Bandes.

<sup>19</sup> Informationen der Freien Hansestadt Bremen vom 3. Juli, 1987, S. 1733 (Senatspressestelle).

bürgermeisters Manfred Naumann nach Bremen, um mit der Senatskanzlei Einzelheiten des Vertragswerks auszuarbeiten. Einen Monat vor der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, am 17. August 1987, fuhr Klaus Wedemeier nach Rostock, um dort am 18. August die Rahmenvereinbarung zu unterzeichnen. In seiner Ansprache vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung sagte er:

*„Wir stehen am Beginn einer neuen Partnerschaft, deren Ausbau zum Nutzen der Menschen in unseren Städten hoffentlich rasch und dauerhaft sein wird. [...] Es ist unsere Absicht, mit der neuen Partnerschaft die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Geiste der in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verankerten Prinzipien zu unterstützen. [...] Wir wollen trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen und Systeme vielseitige kommunale Beziehungen zwischen beiden Städten und ihren Bürgerinnen und Bürger entwickeln. [...] Die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte sollen das gesellschaftliche Leben, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der jeweiligen Partnerstadt kennenlernen.“<sup>20</sup>*

Innerhalb der Bremischen Stadtbürgerschaft war das Vorgehen von Klaus Wedemeier beim Abschluss der Rahmenvereinbarung nicht unumstritten. Die Oppositionsfractionen von CDU und Grünen begrüßten zwar grundsätzlich die Vereinbarung einer Städtepartnerschaft mit Rostock, warfen Wedemeier aber „eine Politik der verschlossenen Türen“ und „Geheimniskrämerei“ vor. Sie kritisierten, dass sie als Opposition nicht ausreichend über das Zu-



Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung durch Klaus Wedemeier (links) und Henning Schleif (rechts) im Rostocker Rathaus.

standekommen und den Inhalt der Rahmenvereinbarung informiert worden seien. Die CDU warf dem Bürgermeister außerdem vor, dass die Zustimmung Honeckers zu der Städtepartnerschaft durch einen Beschluss des Senats „erkauft“ worden sei, die Finanzierung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter zur Registrierung von politischen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der DDR einzustellen. Dieser Beschluss sei dem niedersächsischen Justizministerium zwei Tage vor dem Treffen Klaus Wedemeiers mit Erich Honecker am 1. Juli 1987 mitgeteilt worden. Es liege deshalb der Verdacht nahe, dass der Bürgermeister damit das Wohlwollen von Honecker habe erkaufen wollen.

Auch die Grünen übten Kritik am Vorgehen des Bürgermeisters. Bei anderen innerdeutschen Städtepartnerschaften wären alle Fraktionen in die Beratung über einen Text für die Städtepartnerschaftsvereinbarung einbezogen worden, in Bremen dagegen hätte man die Oppositionsfractionen außen vor gelassen. Außerdem hoben die Grünen die Bedeutung des direkten Kontaktes zwischen den Bürgern der beiden Städte hervor und bezweifelten, dass die Rahmenvereinbarung diese Funktion erfüllen werde. Der Vertreter der Grünen sagte in diesem Zusammenhang in der Aussprache über die Rahmenvereinbarung:

*„[W]enn die Städtepartnerschaft mit Rostock wirklich das Ziel verfolgen soll, Vertrauen*

<sup>20</sup> Informationen der Freien Hansestadt Bremen vom 18. August 1987, S. 2047ff (Senatspressestelle). Abdruck der vollständigen Rede Wedemeiers im Anhang dieses Bandes.

zu schaffen, Feindbilder abzubauen und den Dialog zwischen den Menschen zu beleben, dann geht es nicht an, daß die konkreten Projekte sich auf den Austausch offizieller Institutionen und Organisationen beschränken. Eine Städtepartnerschaft lebt vom direkten Kontakt der Bürgerinnen und Bürger untereinander, lebt vom Erfahrungsaustausch staatlich nicht reglementierter gesellschaftlicher Gruppen. Natürlich muß ein Dialog aufgebaut und entwickelt werden. Aber es wirft einen Schatten auf die Städtepartnerschaft, wenn schon im Vorfeld Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausgegrenzt oder ausgeklammert werden.“<sup>21</sup>

Bürgermeister Wedemeier wies in der Aussprache die Kritik der Opposition zurück. Der Beschluss, die Finanzierung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter einzustellen, sei schon Monate vorher im Senat „nach Absprache mit anderen sozialdemokratisch regierten Ländern zustande gekommen.“<sup>22</sup> Außerdem sei es auch nicht richtig, dass die Rahmenvereinbarung und das vereinbarte Austauschprogramm lediglich „Treffen von Funktionären“ vorsehe. Die Jahresplanung schließe vielmehr vielfältige Kontakte, u.a. von Schülern der Jugend- und Volksmusikschule, ein. Man solle 40 Jahre nach der Spaltung Deutschlands solche Partnerschaften nicht gleich mit zu vielen Erwartungen befrachten, sondern das zarte Pflänzlein pflegen. Dann könne man mehr erreichen, als das, was man bisher durch „revanchistisches Hinundhergerede nicht erreicht“ habe.<sup>23</sup>

Interessante Einblicke in die Anbahnung der Städtepartnerschaft lassen auch die Rostocker Akten des Rates der Stadt zu. So sind die Akten der Rostocker Verhandlungsdelegation um Manfred Naumann umfänglich erhalten geblieben.<sup>24</sup> Aus den Dokumenten geht hervor, dass die Rostocker Seite nicht nur gut informiert und vorbereitet in die Verhandlungen ging, sondern auch von oberster Stelle instruiert war. Die Anbahnung der Partnerschaft war vom Zentralkomitee der SED

(ZK) in Berlin genau geplant:

„Es wird von Genossen des Zentralkomitees vorgeschlagen, daß Genosse Dr. Henning Schleiff, anlässlich des Oberbürgermeistertreffens in der Hauptstadt der DDR dem Bremer Stadtoberhaupt mitteilt, daß die Bemühungen Bremens um eine Städtepartnerschaft mit Rostock positiv aufgenommen wurden. Ferner wird der Vorschlag unterbreitet, daß Ende Juni, Anfang Juli 1987 eine fünfköpfige Abordnung, unter Leitung des 1. Stellvertreters des Rostocker OB, Genosse Manfred Naumann, nach Bremen fährt, um über Grundsätze und Hauptinhalte einer Vereinbarung und eines Jahresplanes erste Gespräche zu führen. Die Unterzeichnung des Vertrages ist in Rostock vorzunehmen. Er muß durch die Stadtparlamente ratifiziert werden.“<sup>25</sup>

In den Akten findet sich neben ausführlichen Berichten zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation Bremens auch ein umfangreicher Bestand an Informationen zu anderen Städtepartnerschaften. Auf der Rostocker Bezirksebene, zu der die gesamte DDR-Küstenregion gehörte, sind zusätzlich Treffen zwischen Städten durchgeführt worden, die vor der Verhandlung einer innerdeutschen Partnerschaft standen.<sup>26</sup> An diesen Treffen nahm auch der verantwortliche Genosse Harry Morgenstern von der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK teil, was die zentralstaatliche Planung der Städtepartnerschaften nochmals verdeutlicht. Darüber hinaus gab es einen Erfahrungsaustausch zwischen der Stadt Rostock und der Stadt Schwerin, die sich zur gleichen Zeit in Verhandlung mit Wuppertal befand. Der Bericht dieses Erfahrungsaustausches ermöglicht einen guten Einblick in typische Probleme bei solchen Verhandlungen. Demnach nahmen sogenannte Antragsteller, also ausreisewillige DDR-Bürger, Kontakt mit den westdeutschen Delegationen auf, sobald sich diese in der angehenden Partnerstadt aufhielten. Zudem hatten die ostdeutschen Delegationen kaum Verhandlungsspielräu-

21 Protokoll der Bremischen Bürgerschaft (Stadt) vom 3.9.1987 (38. Sitzung), S. 1930. Nachdruck des vollständigen Protokolls im Anhang dieses Bandes.

22 Ebd., S. 1933.

23 Ebd., S. 1934.

24 Vgl. AHR 2.1.1. 8800; vgl. auch AHR 2.1.1. 8801.

25 Information zur Anbahnung einer Städtepartnerschaft Rostock-Bremen vom ZK der SED, in: AHR 2.1.1. 8800.

26 Vgl. Einladung zur konzeptionellen Beratung anstehender Städtepartnerschaften zwischen Städten des Bezirkes Rostock und Städten in der Bundesrepublik zum 12. Juni 1987, in: AHR 2.1.1. 8800.

me, was die Verhandlungen mit den westdeutschen Städten erschwerte. Der Schweriner Oberbürgermeister berichtete in diesem Zusammenhang:

*„Im Verlaufe der Verhandlungen machten sich mehrere Rückfragen und Abstimmungen mit dem ZK der SED, Gen. Morgenstern, und der Bezirksleitung der SED erforderlich, um die zulässigen Kompromißformeln zu finden. [...] Neben der Auseinandersetzung über die Grundanliegen der Städtepartnerschaft, die von der BRD-Seite zuerst nur in der Herstellung vielfältiger Kontakte und Beziehungen zwischen den Bürgern beider Städte gesehen wurden, gab es lange Auseinandersetzungen zu solchen Fragen wie Unterbringung in Privatquartieren, Austausch von Zeitschriften und Zeitungen sowie Journalisten, Einladungen auf Familienbasis, Umfang des Delegationsaustausches.“<sup>27</sup>*

Das völlig unterschiedliche Verständnis über den Sinn und Zweck der innerdeutschen Städtepartnerschaften stand aber nicht nur zwischen Schwerin und Wuppertal als neuralgischer Punkt zwischen den Verhandlungsdelegationen. Auch die Akten der Rostocker Delegation spiegeln dieses Problem von Anfang an wider. Akribisch genau wurde deshalb die Rostocker Delegation über die vermeintlichen Absichten der westdeutschen Städte informiert. Eine druckfrische Handreichung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU/CSU mit dem Titel „Innerdeutsche Städtepartnerschaften“ schürte zusätzlich die Befürchtungen der DDR-Funktionäre, wonach die Städtepartnerschaften von der Bundesrepublik zur Überwindung der Zweistaatlichkeit missbraucht würden. Die Darstellung von Sinn und Zweck der Partnerschaften, wie sie die KPV-Handreichung sah, war dabei Wasser auf die Mühlen der SED-Hardliner:

*„Städtepartnerschaften als Teil richtig verstandener Deutschlandpolitik müssen die Bewahrung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen zum Ziel haben, [...] können einen wesentlichen Beitrag leisten zu mehr Bewegungsfreiheit und zu mehr Informationsmöglichkeiten für die Menschen in beiden deutschen Staaten. Kommunale Partnerschaf-*

27 „Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Schwerin über Erfahrungen bei der Vorbereitung der SP Schwerin-Wuppertal“ (Bericht Naumann), in: AHR 2.1.1. 8800.

*ten sollen möglichst vielen Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu Begegnungen und Austausch verhelfen. Nur so kann das gegenseitige Verständnis gefördert werden, nur so können Städtepartnerschaften mithelfen, die Teilung Deutschlands in vielen kleinen Schritten zu überwinden.“<sup>28</sup>*

Um diesen Befürchtungen auf ostdeutscher Seite entgegenzutreten, unterstrich Wedemeier in einem Interview am Tag, als die Rostocker Verhandlungsdelegation in Bremen weilte, dass nicht die Vorstellungen der CDU in den Vertragstext einfließen würden, sondern die der SPD.<sup>29</sup> Diese standen bekanntlich den Zielstellungen der DDR-Regierung weitaus näher. Es ging der DDR bei den Städtepartnerschaften vor allem um ein Zeichen des guten Willens und der Praktizierung bilateraler Kontakte. Die DDR beabsichtigte, ihren souveränen und gleichberechtigten Status nach außen und insbesondere gegenüber der Bundesrepublik zu inszenieren. Die Friedens- und Abrüstungsrhetorik wurde dabei als Instrument zur Sicherung des Status quo bemüht. In diesem Sinne instruierte das ZK der SED auch den Rostocker Oberbürgermeister im Vorfeld der Partnerschaftsverhandlungen:

*„[Städtepartnerschaften] reflektieren die Tatsache, daß zwei unabhängige, souveräne deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nach ihren Möglichkeiten ihren Beitrag für Frieden, Sicherheit, Abrüstung und Entspannung zu leisten haben. [...] Indem wir unsere Auffassungen in die politischen Inhalte der Verträge einbringen, wirken wir dem Bestreben bestimmter politischer Kräfte in der BRD entgegen, mehr „Freizügigkeit“, „gesamtdeutsche Zusammengehörigkeitsgefühle“, mehr „Durchlässigkeit der Grenzen“, revisionistische Inhalte in die Begegnungen auf kommunaler Ebene hineinzutragen.“<sup>30</sup>*

Der Rostocker Verhandlungsdelegation stand im Vorfeld ein umfangreicher Überblick über die westdeutsche Berichterstattung zur Verfügung. Darunter befinden sich

28 KPV (Hrsg.): Innerdeutsche Städtepartnerschaften. Juli 1987, S. 13, in: AHR 2.1.1. 8800.

29 Deutschlandfunk vom 24.7.87, Mitschrift eines Interviews mit Wedemeier, in: AHR 2.1.1. 8800.

30 Information zur Anbahnung einer Städtepartnerschaft Rostock-Bremen vom ZK der SED, in: AHR 2.1.1. 8800.



neben Zeitungsartikeln auch teilweise geheimdienstlich abgeschöpfte Mitschriften von Hörfunksendungen.<sup>31</sup> Diese Mitschriften lassen ungewollt einen tiefen Einblick in den Seelenzustand des SED-Machtapparats zu, da die Mitschriften mit mehreren dienstlichen und privaten Kommentaren versehen sind. Zum Beispiel wird mit den Worten „Haben sie endlich gemerkt!“ die folgende Feststellung einer Kommentatorin des Deutschland



Klaus Wedemeier und Henning Schleiff besiegeln die Partnerschaft mit einem Handschlag im Rostocker Rathaus am 18. August 1987.

Funks goutiert: „Ohne die obligate Friedensformel wären die Städtepartnerschaften wohl kaum zu haben. In ein gewisses Ziellicht geraten sie schließlich dadurch, daß Städtepartnerschaften normalerweise nur zwischen Staaten, die füreinander Ausland sind, aufgenommen werden.“ Die letzten beiden Sätze des gleichen Beitrages sind dann mit umso dickeren Unterstreichungen hervorgehoben: „Und die Unterbringung in Hotels hat Diskussionen bis spät in die Nacht in Privatwohnungen nicht verhindert. Die Diplomatie des kleinen Mannes geht auch dann, wenn er aus der DDR kommt, nicht immer die Wege der SED.“<sup>32</sup>

Insgesamt zieht der Leiter der Rostocker

31 Das Anfertigen von Mitschriften von Hörfunksendungen war zwar nicht zentraler Tätigkeitsbereich der Staatssicherheit, wurde aber im Rahmen der so genannten „Abschöpfung“ durchgeführt und den entsprechenden Ebenen und Abteilungen zur Verfügung gestellt.

32 DLF Frühkommentar von Gisela Schütze vom 4. Juni 1987, Mitschrift, in: AHR 2.1.1. 8800.

Verhandlungsdelegation, Manfred Nauemann, in seinem Bericht vom 28. Juli 1987 ein positives Resümee.<sup>33</sup> Die Ziele und Vorstellungen der Rostocker Seite seien voll umgesetzt worden. Durch „konsequente und konstruktive Verhandlungsführung“ sei es gelungen, dass die von Rostock vorbereiteten Dokumente die Grundlage für die Rahmenvereinbarung und den Jahresplan bildeten. Der von den Rostockern vorbereitete Textentwurf für die Präambel sei im vollen Umfang übernommen worden, da „die von der Bremer Seite vorgelegten Dokumente [...] keine genügende Aussagekraft zur aktiven Friedenssicherung und Abrüstungspolitik“ enthielten. Größere Meinungsverschiedenheiten gab es zu den Wünschen der Bremer Seite in Bezug auf Kultur, Wissenschaft und Technik, Sport und Jugendtouristik. Hier verwiesen die Rostocker Unterhändler auf bestehende Abkommen zwischen der DDR und der

Bundesrepublik<sup>34</sup>, in deren Rahmen – und nicht im Rahmen der Städtepartnerschaft – diese Aktivitäten durchgeführt werden müssten. Dies stieß bei den Bremern zunächst auf Unverständnis. Aber auch die Kooperation zwischen dem Institut für niederdeutsche Sprache in Bremen und dem Mecklenburger Folklorezentrum in Rostock hätte eigentlich nicht im Rahmen der Städtepartnerschaft stattfinden können, wenn sie nicht zuvor von Erich Honecker persönlich während des Gesprächs mit Wedemeier am 1. Juli 1987 genehmigt worden wäre.<sup>35</sup>

33 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen der Delegation der Rostocker Stadtverordnetenversammlung mit dem Senat der Hansestadt Bremen zur Vorbereitung einer Städtepartnerschaft in der Zeit vom 21. bis 24.7.1987 in Bremen“, 28. Juli 1987, in: AHR 2.1.1. 8800.

34 Z.B. das Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD vom 6. Mai 1986.

35 Vgl. hierzu Aktennotiz Siegfried Schliebs, Sekretär des Rates, vom 2. Juli 1987: „Am 2.7.1987 informierte mich der Stellvertretende Leiter der Abteilung BRD des MfAA, Genosse Schindler, über den Inhalt des Gesprächs

## Die Städtepartnerschaft Bremen – Rostock 1987 bis 1989 im Spiegel der Stasi-Akten

Christoph Eisfeld / Johannes Saalfeld

### Vorbemerkung

Aus Sicht der DDR-Spitzenfunktionäre hatten innerdeutsche Städtepartnerschaften etwas sehr Brisantes, kam es doch infolge von Städtepartnerschaften zu vertieften Kontakten zwischen den Bürgern beider Staaten. Und so verwundert es nicht, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) von der generellen Planung über die Vereinbarung bis zur Überwachung in alle Partnerschaften involviert war. Entsprechend umfangreiche Aktenbestände finden sich in den Archiven der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU).

Bislang ist die Rolle der Staatssicherheit bei der Anbahnung, Umsetzung und Gestaltung deutsch-deutscher Städtepartnerschaften nur ansatzweise erforscht. Es sind zwar in den Jahren unmittelbar vor und nach der deutschen Wiedervereinigung mehrere Aufsätze zum Thema deutsch-deutsche Partnerschaften erschienen<sup>82</sup> – darunter auch eine geringe Zahl an Studien zu einzelnen Städtepaaren, die zumeist von direkt Involvierten verfasst wurden.<sup>83</sup> Das Thema Staatssicherheit wurde dabei jedoch nie aufgegriffen. Nach 1990 hat sich die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) dem Thema Städtepartnerschaft gewidmet.<sup>84</sup> Aber auch hierbei blieb die Unterwanderung der partnerschaftlichen Beziehungen durch

das MfS weitgehend unberücksichtigt. Für viele große Städte fehlen daher entsprechende Einzeldarstellungen – so auch für die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock. Zwar wurde die Kooperation der beiden Hansestädte in einem von der Stadt Rostock herausgegebenen Heft beleuchtet,<sup>85</sup> dabei blieben aber die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit ebenfalls ausgeklammert.

Für die vorliegende Untersuchung konnte dagegen erstmals auf die Akten der Staatssicherheit zur Städtepartnerschaft Bremen – Rostock zurückgegriffen werden. Bei der BStU sind hierzu umfangreiche Bestände aufgearbeitet worden. Zudem ist die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock durch umfangreiche Akten des Rates der Stadt und des Rates des Bezirks Rostock im Archiv der Hansestadt Rostock (AHR) dokumentiert. Diese kontrastieren teilweise das Bild der Stasi-Akten zur Städtepartnerschaft.

Zunächst wird in dem folgenden Beitrag eine Bewertung der vorliegenden Akten der Staatssicherheit zur Städtepartnerschaft Bremen – Rostock vorgenommen. Darauf aufbauend kann die Kontrolle der Partnerschaft durch das MfS dargestellt und die Tätigkeit der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) verdeutlicht werden. Dabei zeigt sich, dass die Geschichte der innerdeutschen Städtepartnerschaft auch eine Geschichte der Staatssicherheit ist.

### Die Akten der Staatssicherheit zur Städtepartnerschaft Bremen – Rostock

Deutlich umfangreicher als alle anderen Städtepartnerschaften Rostocks ist die Partnerschaft mit Bremen in den Akten der Staatssicherheit dokumentiert.

<sup>85</sup> Vgl. Hansestadt Rostock. Der Oberbürgermeister in Zusammenarbeit mit der Partnerstadt Bremen (Hrsg.): Broschüre Rostock – Bremen. Lebendige Partnerschaft. Rostock 1991.

<sup>82</sup> Vgl. Hoesch, Jan (1989): Drei Jahre kommunale Partnerschaften mit der DDR. In: Deutschland-Archiv 1/1989, S. 37-44.

<sup>83</sup> Vgl. Daniels, Hans H. (1990): Von den Schwierigkeiten normal zu sein: Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften. In: Bonner Heimat- und Geschichtsverein (Hrsg.): Bonner Geschichtsblätter 49/50 1999 (EA 1990), S. 649-655; Vgl. Probst, Lothar (1989): Ein Jahr Partnerschaft Bremen – Rostock. In: Deutschland-Archiv 1/1989, S. 45-51.

<sup>84</sup> Vgl. Klaus (1994): Anm. 1.

Dabei zeichnen sich die Akten durch eine erstaunliche Bandbreite aus. Neben den Jahresplänen zur Partnerschaft finden sich Jahresarbeitspläne der Bezirksverwaltung des MfS zum Thema. Die obligatorischen IM-Berichte und deren Zusammenfassungen in verschiedenen Konzeptstufen gehören ebenso zum Bestand, wie eine an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit erstellte Diplomarbeit zum Thema Bremen – Rostock.<sup>86</sup> Regelmäßig erstellten die MfS-Rechtsstelle und das Büro der Leitung (BdL) Informationen und Richtlinien zur Handhabung von Städtepartnerschaften. Im Vordergrund stand hierbei stets die Darstellung von Maßnahmen zur „politisch-operativen Sicherung“<sup>87</sup> der Partnerschaften. Zudem wurden Konzeptionen erstellt und mit einem umfangreichen Briefwechsel zwischen Bezirksverwaltung und Leitung archiviert. Um sich ein umfassendes Bild von den Vorgängen in der Bundesrepublik zu machen, sammelte die Staatssicherheit neben Presseartikeln auch parlamentarische Drucksachen und von Kommunalverbänden erarbeitete Materialien zur Herangehensweise bei innerdeutschen Städtepartnerschaften. Komplettiert wird der Aktenbestand durch umfangreiche Mitschriften des westdeutschen Rund- und Hörfunkes. Über die öffentliche Diskussion in Westdeutschland war das MfS demnach gut informiert. Im untersuchten Aktenbestand befinden sich jedoch keine Dokumente aus Geheimdienstquellen auf dem Gebiet der BRD.

Mit den Akten zu den Städtepartnerschaften der DDR-Kommunen muss kritisch umgegangen werden. Sie sind Täterakten und spiegeln keineswegs die Realität der innerdeutschen Städtebeziehungen wider. Vielmehr sind sie ein Zerrbild der Wirklichkeit. Unerwünschtes wird ausgeblendet, tatsächliche Geschehnisse in Umfang und Bedeutung überhöht. Opportunistische Darstellungen der IM werden auch in den unterschiedlichen Konzeptstufen der Zusammenfassungen innerhalb der Bezirksverwaltung nicht signifikant reduziert. Dennoch leisten die Akten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Funktionsweise der DDR und ihres Ministeriums für Staatssicherheit. Gleichsam ergibt

sich bei der Analyse der Akten ein Verständnis für das Verhalten der DDR-Funktionäre im Rahmen der Städtepartnerschaften sowie der damit verbundenen Missverständnisse auf beiden Seiten.

## Zentrale Planung und regionale Überwachung

Da innerdeutsche Städtepartnerschaften generell auf oberster politischer Ebene beschlossen wurden, machte auch die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock hiervon keine Ausnahme. Sie passte sich in eine Reihe von Städtepartnerschaften ein, die nach der ersten innerdeutschen Partnerschaft im Jahr 1986 zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt geschlossen wurden. In den Vorlaufprozess zur Aufnahme von Partnerschaften zwischen Kommunen im Bezirk Rostock und westdeutschen Kommunen war die Staatssicherheit bereits weitestgehend eingebunden. Dabei nahm sie, wie nicht anders zu erwarten, eine blockierende Rolle ein. Die Bemühungen von westdeutschen Kommunen, Kontakte zu ostdeutschen Städten und deren Bürgermeister aufzunehmen, wurden vom MfS insgesamt mit Argwohn beobachtet. Da diese postalischen Anfragen nicht dem zentralisierten Prozedere entsprachen, wurde versucht, mittels Postüberwachung Anbahnungsversuche frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Auch im Fall der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock gab es mehr als nur den einen westdeutschen Aspiranten Bremen. Versuche der Städte Kiel und Lübeck, die Rostocker Stadtoberen zu Bemühungen im Hinblick auf eine Partnerschaft zu bewegen, wurden dabei ebenso registriert wie die Bemühungen von Bad Schwartau in Bezug auf Bad Döberan.<sup>88</sup> So fing das MfS Ende Februar 1986 ein Schreiben des Lübecker Oberbürgermeisters Knüppel an den Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff ab, in dem dieser für eine Kooperation beider Städte warb. An das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten weitergereicht, kam es von dort aus der Abteilung BRD endlich zu Schleiff, versehen mit dem Hinweis, „zunächst auf das Schreiben nicht zu reagieren, da in diesem Zusammen-

<sup>86</sup> Vgl. BStU, Diplomarbeit (1989): Anm. 37.

<sup>87</sup> BStU, MfS-BdL, Dok. Nr. 008777, S. 1.

<sup>88</sup> Vgl. BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 1, Nr. 548.

hang gegenwärtig grundsätzliche Entscheidungen vorbereitet<sup>89</sup> würden. Die angekündigte Grundsatzentscheidung fiel dann aber erst über ein Jahr später im April 1987, als das ZK sowie das Präsidium des Ministerrates die Partnerschaft zwischen Bremen und Rostock beschloss.<sup>90</sup> Bremen selbst wurde über diese Entscheidung in einem direkten Gespräch zwischen dem Bremer Bürgermeister Wedemeier und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 1. Juli 1987 informiert.<sup>91</sup> Das MfS machte sich demnach allein durch die Filterung der Post zu einem unumgänglichen Organ bei der zentralen Planung von Partnerschaften zwischen den Städten in Ost- und Westdeutschland. Auch später noch führten die Mitwirkung des MfS und der damit verbundene hohe Abstimmungsbedarf zwischen den beteiligten Ebenen und Abteilungen zu erheblichen Zeitverzögerungen in der innerdeutschen Kommunikation.

Zwei Tage nach seinem Treffen mit Honecker am 1. Juli 1987 reiste Wedemeier nach Rostock und vereinbarte mit dem Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff die Ausarbeitung einer Rahmenvereinbarung zur Städtepartnerschaft zwischen den beiden Hansestädten. Mit der gleichzeitigen Ausarbeitung der Jahrespläne wurde die Ausgestaltung der Partnerschaft verbindlich festgelegt. Dies bedeute beispielsweise für das Jahr 1989 den Empfang von acht Delegationen aus Bremen in Rostock. Dabei reichte der Umfang von einer bis zu 20 Personen. Im Gegenzug sah die Planung fünf Rostocker Delegationen vor.<sup>92</sup> Aus Sicht des MfS setzt sich hier eine „Tendenz fort, auf breiter Ebene Kontakte zu knüpfen“<sup>93</sup> – aus bundesdeutscher Sicht das Grundanliegen jeder Städtepartnerschaft. Schon 1988

wird von der Staatssicherheit diese Tendenz zur Unterwanderung und Ausweitung der Rahmenvereinbarung festgestellt. Diese wurde an Vorschlägen aus Bremen festgemacht, im Rahmen der Partnerschaft eine Klassenfahrt von Wirtschaftslehrlingen nach Rostock zu organisieren, die Unterstützung des Rates der Stadt für eine Reise einer Einzelperson zur krebserkrankten Mutter nach Bremen zu erlangen sowie weitere Anregungen, die alle unter Mitwirkung des MfS abgelehnt wurden.<sup>94</sup> An diesen Beispielen zeigt sich deutlich die bereits zu diesem Zeitpunkt bestehende Einflussnahme und Unterwanderung der Städtepartnerschaft durch das MfS. Die Wünsche der Bremer wurden nämlich nicht etwa schriftlich geäußert, sondern beruhten auf einem Gespräch des Sekretärs des Rates der Stadt Rostock, Schliebs, mit dem Staatsrat in der Bremer Senatskanzlei Euler. Dabei fertigte Schliebs eine Aktennotiz an, die dann an die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit weitergereicht worden sein muss.<sup>95</sup> Das Anfertigen von Aktennotizen, Reiseberichten und sogenannten Sofort-Meldungen war für jeden verpflichtend vorgeschrieben, der offiziellen Kontakt zu Personen aus dem westlichen Ausland hatte. Je detailreicher und ausführlicher diese Berichte waren, desto geringer war die Gefahr, dass ein anwesender IM dem MfS mehr zu berichten wusste.

Wengleich die Aufnahme von Städtepartnerschaften, insbesondere deren Planung und Genehmigung, zentral angesiedelt waren, so oblag die Überwachung den lokalen Dienststellen. Im Falle Rostocks waren hierfür die Bezirksverwaltung sowie die Kreisdienststelle Rostock der Staatssicherheit zuständig. Diese Zuordnung geht aus einer aus dem Büro der Leitung stammenden Vertraulichen Verschlussache (VVS) zu Städtepartnerschaften mit der Bundesrepublik hervor. Diese war mit der Anlage „Informationsbedarf für die Erarbeitung einer Einschätzung über vorliegende Erkenntnisse zum Mißbrauch von Städtepartnerschaften zwischen Städten der DDR und Städten der BRD seitens des Gegners und feindlich-negativer Kräfte in der DDR“<sup>96</sup> versehen.

Von daher wurde die Städtepartnerschaft

89 Schreiben des Abteilungsleiter Seidel aus dem MfAA, Abteilung BRD an Schleiff, in: AHR 2.1.1. 8752. Am 7. August 1987 beantwortet Schleiff die Anfrage des Lübecker Oberbürgermeisters mit Verweis auf Bremen negativ.

90 Beschluss des ZK der SED vom 6. April 1987, vgl. Anm. 17; Beschluss der 37. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 9. April 1987, vgl. BStU, MfS - Sekr. d. Min. 1774.

91 Siehe hierzu Nachdruck des Gesprächsprotokolls zwischen Honecker und Wedemeier im Anhang dieses Bandes.

92 Vgl. Jahresplan 1989 zur Realisierung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit, BStU, BV Rostock, Abt. XX, Archiv Nr. 1439, S.1ff.

93 BStU, Diplomarbeit (1989): Anm. 37, S. 44.

94 Vgl. ebd., S. 42.

95 Vgl. zur Aktennotiz AHR 2.1.1. 8795.

96 BStU, BV Rostock, BdL, Nr. 2929, S. 5-6.

Bremen – Rostock ab 1988 in die Jahresarbeitspläne der Bezirksverwaltung des MfS aufgenommen. Verantwortlich war die Abteilung XX „Sicherung der verfassungsmäßigen Grundlagen des sozialistischen Staates“ – auch verantwortlich für die Überwachung der Kirchen und anderer Organisationen.<sup>97</sup> Die Planung sah vor, dass „Informationen über feindliche bzw. politisch negative Absichten und Aktivitäten des Missbrauchs der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock sowie zu ideologischen Grundpositionen und Verhaltensweisen verantwortlicher bzw. einbezogener Personen“<sup>98</sup> gewonnen werden sollten. Konkret standen hierbei die so genannten „operativen Ersthinweise und inoffiziellen Beweise zum Verdacht strafbarer und anderer op-relevanter Handlungen, insbesondere über Verbindungsaufnahmen zu gegnerischen Stellen“<sup>99</sup> im Vordergrund.

Knapp zwei Jahre nach dem offiziellen Beginn der Städtepartnerschaft ist auch auf Bezirksebene für deren „politisch-operative Sicherung“ eine Konzeption entwickelt und an das Büro der Leitung übersandt worden.<sup>100</sup> Eine derartige Vorgehensweise verdeutlicht zwei wesentliche Merkmale für den Umgang des MfS mit den Städtepartnerschaften. Zum einen ist zwar die Überwachung Sache der Bezirksverwaltung. Dennoch bleibt die Organisation zentral gesteuert. Zum anderen wird die große Bedeutung der Städtepartnerschaften für Staat und Staatssicherheit deutlich.

Das MfS in Berlin verfasst zentrale Vorgaben für die Städtepartnerschaften sowie Anweisungen und Informationsvorlagen. Minister Erich Mielke persönlich zeichnet für die negative Einstellung des MfS gegenüber den Städtepartnerschaften verantwortlich. Dabei trugen ihn Sorgen um Missbrauch und Unterwanderung der Partnerschaften durch „gegnerisch-feindliche Kräfte“. Auf einer Dienstkonferenz 1988 führt der Minister dazu aus,

*„daß der Gegner bestrebt ist, das Netz breitgefächerter Kontakte ständig zu erwei-*

*tern, um damit nicht nur Möglichkeiten für eine umfassende Abschöpfung zu erhalten, sondern diese auch für direkte Anwerbungen zu nutzen. Dabei operieren die gegnerischen Kräfte zum Teil sehr offen und bemühen sich so aufzutreten, daß sie strafrechtlich möglichst nicht belangt werden können.“<sup>101</sup>*

Infolge dieser negativen Einstellung unternahm das Ministerium enorme Anstrengungen, die Städtepartnerschaften auf ein Minimum von Aktivitäten zu reduzieren und alle damit verbundenen Vorgänge so genau wie möglich zu überwachen. Mielke wirkte offensichtlich auch im Ministerrat auf diese Einschränkungen hin, denn sein Wortlaut findet sich in einer Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, wieder. Entsprechend ausführlich informiert Erich Mielke sämtliche Dienststellen, die mit Städtepartnerschaften betraut sind, über Stophs Verfügung Nr. 83/87 vom 1. Juni 1987 „Zu den Aufgaben und zur Verantwortung der Staatsorgane bei der Vorbereitung und Realisierung von Städtepartnerschaften zwischen Städten der DDR und Städten der BRD“<sup>102</sup>. Darin werden Eckpfeiler für den Umgang mit zukünftigen Städtepartnerschaften eingeschlagen. Mielke informiert:

*„Zu beachten ist, daß im Rahmen von Städtepartnerschaften keine bilateralen Direktbeziehungen zwischen Kultureinrichtungen, Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sowie anderen Bildungseinrichtungen hergestellt werden dürfen. Die Herstellung solcher Direktbeziehungen bedarf besonderer Vereinbarungen über die dafür zuständigen Ministerien. [...] Die Maßnahmen zur Erarbeitung der erforderlichen Informationen sind unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung durchzuführen.“<sup>103</sup>*

Die zahlreichen Versuche Bremens zur Kontaktabahnung mit der Universität Rostock standen also von Anfang an unter keinem guten Stern. Eine Kooperation zwischen dem Institut für niederdeutsche Sprache in Bremen und dem Mecklenburger Folklorezentrum war nur durch ausdrückliche Geneh-

97 Vgl. zu Struktur des MfS im ehemaligen Bezirk Rostock: Ammer, Thomas / Memmler, Hans-Joachim (1991): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln.

98 Jahresarbeitsplan 1988, BStU, BV Rostock, KD Rostock, Ref. A/I, Archiv Nr. 81, S. 10.

99 Ebd., S. 15.

100 BStU, BV Rostock, BdL, Nr. 3189, S. 16-22.

101 Erich Mielke zitiert nach: BStU, Diplomarbeit (1989): Anm. 37, S. 57, zitiert nach GVS MfS 0008-41/88, 26.10.1988, S. 109-113.

102 Verfügung Nr. 83/87, zitiert nach: VVS B2-508/87, zitiert nach: BStU, MfS-BdL/Dok. Nr. 008870.

103 Ebd., S. 4.

mung von Honecker persönlich möglich, der dem Kulturaustausch zwischen der DDR und der BRD zeitweilig positiv gegenüber stand.<sup>104</sup> Anderthalb Jahre später versucht das MfS, dieser Offenheit des Staatsratsvorsitzenden direkt entgegenzusteuern. Am 30. Januar 1989 kommt eine interne Studie der Abteilung XX des MfS zur politisch-operativen Sicherung von Städtepartnerschaften zu einer pessimistischen Einschätzung dieser von Honecker persönlich genehmigten Kooperation:

*„Zu beachten ist bei dieser Partnerschaft seitens der Stadt Bremen ein konzeptioneller Rückgriff auf ehemals historische Gemeinsamkeiten (Norddeutsche Städte, Hansestädte) sowie damit in Zusammenhang stehend niederdeutsche Sprachbesonderheiten. Daraus ergeben sich Möglichkeiten des Unterlaufens des Kulturabkommens DDR-BRD.“*<sup>105</sup>

Ebenso wird in dieser Studie wiederholt empfohlen, das Thema der politisch-operativen Sicherung der Städtepartnerschaft durch eine Diplomarbeit der Juristischen Hochschule (JHS) in Potsdam zu erforschen. Für einen Überblick und zur Planung weitergehender Maßnahmen wurde dann tatsächlich beschlossen, eine solche zum Thema „Erste Erfahrungen bei der komplexen Sicherung und vorbeugenden Verhinderung des Missbrauchs der Städtepartnerschaft Rostock-Bremen“<sup>106</sup> in Auftrag zu geben. Derartige Diplomarbeitsthemen der Juristischen Hochschule des MfS wurden stets in enger Abstimmung mit den Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen vergeben. Somit ergibt sich heute ein zusammenfassender Überblick über die Informationslage und die strategischen Konzepte innerhalb des MfS mit Stand März 1989. Im Unterschied zu vielen anderen Diplomarbeiten ist die Arbeit zur Städtepartnerschaft durch ein Mindestmaß an wissenschaftlichen Formalia gekennzeichnet. So sind eine geringe Zahl an Fußnoten und der Bezug auf interne Materialien, wie sie sich in dieser Diplomarbeit finden, in den meisten Arbeiten der Hochschule des MfS nicht vorhanden.<sup>107</sup> Die Diplomarbeit weist

immer wieder auf die besondere Bedeutung der IM des MfS für die Überwachung der Städtepartnerschaft hin. Sie wurden zum wichtigsten Mittel der Kontrolle.

## Städtepartnerschaft und Inoffizielle Mitarbeiter

Von Beginn an waren IM<sup>108</sup> in die Planung und Umsetzung der Partnerschaft involviert. Alleine im Bezirk Rostock waren, wie aus undatierten Einträgen in Akten des MfS hervorgeht, mindestens 16 inoffizielle Kräfte auf Partnerschaften mit Städten der Bundesrepublik angesetzt.<sup>109</sup> Sechs Mitarbeiter davon besetzten so genannte Schlüsselpositionen, sind also mit Konzeption und Planung betraut. Somit hat das Ministerium nicht nur Einfluss darauf, wie häufig Austausche in diesem Rahmen stattfinden, sondern auch darauf, wer wann fährt. In der Sprache der Staatssicherheit bedeutet das:

Es ist „über IM in Schlüsselpositionen (IMS „Wilhelm Schwenk“, KD Rostock, IMS „Jutta“, Abt. XX) [...] Einfluß auf die Ausarbeitung der Jahresarbeitspläne/Aufenthaltsprogramme sowie auf die Auswahl, politische Vorbereitung und den Einsatz von Kadern zu nehmen, und es sind allen Versuchen zur Erweiterung der getroffenen Vereinbarungen wirksam zu begegnen.“<sup>110</sup>

Auch die bereits erwähnte Diplomarbeit zur Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Rostock bestätigt unter Zugriff auf die Dokumente des MfS, dass die Einflussnahme gezielt erfolgte. Vorrangig standen dabei die Ausarbeitung von Jahresplänen, die Aufenthaltsprogramme für Delegationen aus Bremen, die Auswahl und Zusammensetzung der Delegationen, die politisch-ideologische Arbeit mit den so genannten Kadern sowie „die strenge Einhaltung der Bestimmungen des Geheimnisschutzes“<sup>111</sup> im Mittelpunkt der Aktivitäten. Unzufrieden zeigte sich das MfS insbesondere über die politisch-ideologische Schulung der Kader, die an der Ge-

schule des MfS. MfS Handbuch, Teil III/6, Berlin, S. 9-11.

108 Insgesamt verzeichnete die Bezirksverwaltung Rostock mit Stand Juni 1989 9263 aktive inoffizielle Quellen, vgl. Ammer / Memmler (1991): Anm. 97, S. 11.

109 Vgl. BStU, BV Rostock, BdL, Nr. 3189, S. 97.

110 BStU, BV Rostock, Abt. XX, Ref. 3, Archiv Nr. 587, S. 187.

111 BStU, Diplomarbeit (1989): Anm. 37, S. 13.

104 Vgl. hierzu Aktennotiz Siegfried Schliebs, Anm. 35.

105 BStU, BV Rostock, Abt. XX, Archiv Nr. 948.

106 Vgl. BStU, Diplomarbeit (1989): Anm. 37.

107 Vgl. Förster, Günter (1996): Die Juristische Hoch-

# Hand in Hand: Die Bremer Politik und die Bremer Bürger helfen Rostock beim Aufbau neuer Strukturen

Lothar Probst

## Vorbemerkung

Nachdem die Bürgerinnen und Bürger in Rostock, so wie in anderen Städten der DDR, im Herbst 1989 durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit die alten politischen Strukturen zum Einsturz brachten, begann eine neue Zeitrechnung, und auch in der Städtepartnerschaft Bremen – Rostock konnte ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Das Ende der DDR war noch nicht absehbar, da begann man bereits, die neuen Möglichkeiten einer unreglementierten Kooperation auf breiter Basis auszuloten. Kurz nach dem die Mauer gefallen war, rollte von Bremen eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft auf Rostock zu, und die Rostocker wussten ihrerseits diese Hilfe nicht nur zu würdigen, sondern auch für die Eigenanstrengungen zur Gestaltung der noch unsicheren und schwierigen Zukunft zu nutzen. Die Städtepartnerschaft entwickelte innerhalb weniger Wochen eine Dynamik, die alle Erwartungen in den Schatten stellte. Und es waren vor allem die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, die von den neuen Freiheiten Gebrauch machten, um die Städtepartnerschaft aus dem Korsett einer von den DDR-Regierenden reglementierten und kontrollierten Kooperation zu befreien. Wie dankbar die Rostocker die von Bremen schon in den ersten Wochen nach dem Fall der Mauer auf vielen Ebenen spontan geleistete Hilfe zu würdigen wussten, zeigte das „Volksfest für Bremen“, das von einer Rostocker Bürgerinitiative am 20./21. Januar 1990 in Rostock organisiert wurde, damit viele Bremer die Partnerstadt persönlich kennenlernen konnten. Tausende Rostocker stellten Betten zur Verfügung, es gab 900 offiziell vermittelte Übernachtungen. Von Bremen starteten ein Sonderzug, 76 Busse sowie hunderte PKW, um der Partnerstadt einen Besuch abzustatten. Die Rostocker wollten ein Zeichen setzen, und die Vertreter der Bürgerini-

tiative ließen es sich nicht nehmen, Bremens Bürgermeister Henning Scherf, der im Sonderzug anreiste, persönlich zu begrüßen.<sup>137</sup>

Der folgende Überblick über die Hilfen, die Bremen in den ersten Jahren nach dem politischen Umbruch geleistet hat, zeigt, dass zivilgesellschaftlichen Organisationen, einzelne Bürgerinnen und Bürger sowie politische Institutionen wie der Bremer Senat gleichermaßen an dieser Hilfe beteiligt waren. Bemerkenswert ist vor allem, in welcher Breite, in welcher Intensität und in welchem Ausmaß Initiativen und Maßnahmen ergriffen wurden, um den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstadt den Start in die Zukunft zu erleichtern.

## Die Hilfen des Bremer Senats für Rostock

Das kleinteilige Austausch- und Arbeitsprogramm, welches der Bremer Senat für das Jahr 1989 mit dem alten, von der SED dominierten Rostocker Rat noch im Jahr 1988 vereinbart hatte, war durch die Ereignisse im Herbst 1989 Makulatur geworden. Vor diesem Hintergrund begannen schon im Oktober 1989 erste Gespräche zwischen den Verwaltungen der beiden Städte, in denen ausgelotet werden sollte, wie Bremen der Partnerstadt bei den auf sie zukommenden Problemen unterstützen könnte. Zwischen Oktober und Dezember reisten drei Delegationen des noch von der SED dominierten Rates der Stadt Rostock nach Bremen, um über konkrete Hilfen zu sprechen. Als Ergebnis dieser Beratungen verabschiedete der Bremer Senat am 11. Dezember 1989 das Projekt „Zusammenarbeit mit Rostock“, das u.a. eine Soforthilfe von 500.000 DM für den Gesundheits- und Sozi-

<sup>137</sup> Polizeistunde für Gäste aus Bremen gestrichen, in: Weser Kurier vom 18.1.1990, S. 15.

albereich vorsah.<sup>138</sup> Die Vertreter des Bremer Senats wollten zu diesem Zeitpunkt kein neues Jahresprogramm abschließen, weil man zunächst einmal den Ausgang der für das Frühjahr geplanten Volkskammer- und Kommunalwahlen in der DDR abwarten wollte. Ende Januar 1990, als eine Bremer Delegation mit Bürgermeister Klaus Wedemeier an der Spitze zu Beratungen in Rostock weilte, wurde ein umfangreiches Hilfspaket geschickt, das den dringendsten Aufgaben und Problemen in der Partnerstadt Rechnung trug. Das gemeinsam ausgehandelte Kooperations- und Hilfsprogramm umfasste 5 Millionen DM für das Jahr 1990 und wurde von Klaus Wedemeier für den Bremer Senat, dem zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden alten Oberbürgermeister von Rostock, Henning Schleiff, und einem autorisierten Vertreter des Runden Tisches Rostock unterzeichnet.<sup>139</sup> Ein Jahr später wurde ein weiteres Hilfsprogramm in Höhe von 3 Millionen DM aufgelegt.<sup>140</sup> Bremen gehörte damit zu den wenigen westdeutschen Städten, die unmittelbar nach den umstürzenden Ereignissen im Herbst 1989 sofort reagierten und ihrer ostdeutschen Partnerstadt mit einer umfangreichen Hilfe zur Seite sprangen. Tabelle 1 zeigt den nach Bereichen und jeweiliger Höhe aufgeschlüsselten Gesamtumfang der beiden Hilfsprogramme.

Zwischen der Realisierung des ersten und zweiten Hilfsprogramms lag im Mai 1990 die Kommunalwahl in Rostock, die mit einem Wahlsieg der SPD eine politische Neuausrichtung in Rostock einleitete. Dieses Ereignis war für den Bremer Senat Anlass für eine erste Bestandsaufnahme und Überprüfung der bereits eingeleiteten Hilfsmaßnahmen. Zwei Mitarbeiter der Senatskommission für das Personalwesen, darunter der heutige Staatsrat im Finanzressort Hans-Henning

Lühr, wurden nach Rostock geschickt, um dort die von dem neu gewählten Rostocker Senat geäußerten Unterstützungs- und Beratungswünsche zu sondieren. Hans-Henning Lühr und sein Kollege, die sich zwischen dem 5.6. und 9.6.1990 in Rostock aufhielten, fanden heraus, dass die dortige Verwaltung in einem „desolaten“ Zustand war und „kaum Kenntnisse und Vorstellungen über die nach der Kommunalverfassung (Gemeindeordnung) der DDR und dem Staatsvertrag zu übernehmenden Aufgaben“ hatte.<sup>141</sup> Es wurde eine Reihe von Problemen identifiziert, auf die die weiteren Hilfen ausgerichtet werden sollten. Zu den Problemen zählten:

- eine geordnete Übergabe der Amtsgeschäfte des alten Rostocker Rates an den neu gewählten Senat hatte nicht stattgefunden;
- es gab keinen genauen Überblick über das noch vorhandene Personal, da eine Reihe von Beschäftigten aus politischen Gründen ausgeschieden war;
- es fehlte eine Stellenplan;
- die meisten Beschäftigten der Stadtverwaltung verfügten über keine ausreichende Verwaltungsbildung;
- die Ablösung von Fachkräften mit SED-Vergangenheit bereitete Schwierigkeiten;
- es fehlte eine Überblick über die bereits von Bremen eingeleiteten Hilfsmaßnahmen in der neuen politischen Führung;
- Senatoren und Amtsleitungen in Rostock wurden von Experten aus der Bundesrepublik mit unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung beraten.<sup>142</sup>

Ein wichtiges Ergebnis dieser Bestandsaufnahme war, dass der verwaltungspolitischen und fachlichen Beratung bei der weiteren Bremer Hilfe eine zentrale Rolle zukam. Deshalb wurde das bereits bestehende Hilfsprogramm noch einmal um 600.000 DM für umfangreiche Beratungsmaßnahmen aufgestockt.<sup>143</sup>

Eine genauere Betrachtung der insge-

138 Röhl, André (2003): Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern am Beispiel der Hansestadt Rostock. Hamburg, S. 132.

139 Ergebnisprotokoll der Beratung zum Einsatz der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Projekts „Zusammenarbeit mit Rostock“ vom 31.1.1990, in: Archiv der Hansestadt Rostock (Bestand: Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt – Sekretär des Rates; Akzentitel: Städtepartnerschaft mit Bremen, Bd. 2; Signatur: AHR 2.1.1. 8796).

140 Bremen-Hilfe für Rostock. Drei Millionen in diesem Jahr, in: Weser Kurier vom 14.3.1991.

141 Senatskommission für das Personalwesen – 24/252 – (Tischvorlage vom 10. Juni 1990 für die Sitzung des Senats am 12. Juni 1990). Das Dokument liegt im privaten Archiv des Autors.

142 Ebd.

143 Hansestadt Rostock (1991): Anm. 85, S. 7.



samt von Bremen geleisteten Hilfe zeigt, dass diese sich in drei Kategorien einteilen lässt: Geld- und Sachmitteltransfer, Personaltransfer, Wissenstransfer (Beratung, Fort-, Aus- und Weiterbildung).

Wichtiger als die direkten Geldtransfers waren in vielen Fällen Sachmitteltransfers, um in bestimmten städtischen Problembereichen umgehend Abhilfe leisten zu können. Dazu gehörte z.B. der Kauf eines Spezialgeräts für die Verdichtung des Mülls auf der Rostocker Mülldeponie, für das im Rahmen des Sofortprogramms 385.000 DM zur Verfügung gestellt wurden, die Lieferung von Müllfahrzeugen sowie von 22 Kleintransportern für Dienstleistungen im sozialen Bereich. Außerdem wurden für die Abwasserbewirtschaftung gebrauchte Fahrzeuge wie Bagger, Hochdruckspülwagen, ein Saugwagen sowie ein Fernsehgerät für die Inspektion der Kanäle von Bremen nach Rostock geschafft.<sup>144</sup> Um die Verwaltung mit modernen und zeitgemäßen Kommunikationsmitteln auszustatten, wurden des Weiteren Kopiergeräte, Telefone, Faxgeräte, Schreibmaschinen und Computer entweder angeschafft oder aus Bremer Beständen nach Rostock transportiert.

Die Tabelle zu den beiden Bremer Hilfsprogrammen vermittelt aber nur ein ungenaues Bild der tatsächlich von Bremen geleisteten Hilfe. Nicht erfasst werden die indirekten Geldmittel, die durch Bremer Hilfe nach Rostock flossen. Durch Beratung und Hilfe bei der Antragstellung konnten u.a. 12 Millionen DM vom Bund und 200.000 DM von der EU für den Aufbau an die Stadt an der Warnow geholt werden. Zu den mittelbaren Hilfen gehörte auch der Aufbau der Rostocker Umweltbehörde mit Bremer Hilfe, wobei der Einsatz eines bereits pensionierten Beamten aus dem Bremer Umweltressort eine wichtige Rolle spielte. Er erhielt von Bremen für diese Aufgabe ein Gehalt und war dank

seiner Kontakte daran beteiligt, dass ein Gutachten der Bremer Gewerbeaufsicht für diesen Zweck erstellt wurde.<sup>145</sup> Bremen engagierte sich außerdem bei der Erstellung einer 1 Million DM teuren Umweltstudie für

	1990	1991
Abwasserbereich (Umweltschutz)	800.000 DM	32.000 DM
Aus-, Fort- und Weiterbildung	500.000 DM	367.000 DM
Bauwesen	900.000 DM	671.600 DM
Beratertätigkeiten in Rostock	-	291.000 DM
Wirtschaft, Dienstleistung und Handel	500.000 DM	350.000 DM
Entsorgung	1.091.030 DM	-
Finanzen/Liegenschaften	-	50.000 DM
Gesundheits- u. Sozialbereich	1.000.000 DM	710.000 DM
Städtepartnerschaft u. Infrastruktur	200.000 DM	178.400 DM
Kultur	-	200.000 DM
Reserve	-	100.000 DM
Summe	4.991.030 DM	3.000.000 DM

Tabelle 1: Kooperations- und Hilfsprogramm des Bremer Senats für Rostock 1990 und 1991

Rostock. Dabei ging es einerseits um eine Bestandsaufnahme der stadtökologischen Probleme, andererseits um Vorschläge für die Lösung der dringendsten Probleme. Die Kosten für die Studie teilten sich das Bonner Umweltministerium, die Stadt Rostock und der Bremer Senat.<sup>146</sup> Ebenfalls Aufbauhilfe leisteten die Stadtwerke Bremen beim Aufbau einer entsprechenden Institution in Rostock – u.a. durch die Erarbeitung eines Energiekonzepts.<sup>147</sup>

Nicht zuletzt das Bremer Senatsressort für Wirtschaft leistete weitere Hilfe, die im offiziellen Hilfsprogramm nicht ausgewiesen war und beim Besuch einer Bremer Delegation unter Leitung des damaligen Wirtschafts-senators Uwe Beckmeyer vom 19.-21. Februar 1990 in Rostock in Aussicht gestellt wurde.<sup>148</sup> So legte der Bremer Senat besonders für kleinere und mittlere Bremer Unternehmen, die sich in der DDR engagieren wollten, ein Förderprogramm mit einem Umfang von 8,6 Millionen DM auf. Mit diesem Geld sollten die Markterschließung, die Kooperationsanbahnung sowie die technologische

144 Hilfe kommt für Rostocks Unterwelt, in: Norddeutsche Zeitung (NZ) vom 8.2.1990.

145 Bremer Unterstützung für Rostocker Umweltbehörde, in: Weser Report vom 16.9.1990.

146 Bremen hilft Rostock beim Umweltschutz, in: Der Demokrat vom 19.10.1990.

147 Hansestadt Rostock (1991): Anm. 85, S. 28.

148 Neue Förderprojekte für Rostock angestrebt, in: Weser Kurier vom 6.2.1990.

Zusammenarbeit mit Partnern in der DDR unterstützt werden. Die Förderung war zwar nicht standortgebunden, gleichwohl sah sie gezielt Mittel für Projekte in Rostock vor – u.a. den Aufbau eines Rostocker Innovations- und Technologiezentrums (RIGZ) nach Bremer Vorbild, die Förderung von Kooperationen Bremen – Rostock im Bereich der Fischwirtschaft<sup>149</sup> sowie die Bereitstellung von Kommunikationscontainern für Telefonschaltungen. Eine der wichtigsten Maßnahmen, die ebenfalls vom Wirtschaftsressort angeschoben wurde, war die Einrichtung des Hansekantors Bremen – Rostock, das von dem vormaligen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Wolfgang Klatt geleitet wurde und die Aufgabe hatte, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bremen und Rostock zu entwickeln. Von diesem am Neuen Markt in Rostock angesiedelten Büro gingen zahlreiche Impulse für eine enge Kooperation zwischen Bremer Unternehmen und Rostocker Partnern aus. So wurde die Großmarkt GmbH in Rostock entscheidend mit Hilfe von Experten des Bremer Großmarktes aufgebaut. Auch die neu gegründete Rostocker Sanierungsgesellschaft, die bei der Sanierung des Wohnungsbaubestandes in Rostock eine zentrale Rolle spielte, erhielt Unterstützung von Experten der Bremer Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA und Bremische. In den zwei Jahren von der Eröffnung des Hansekantors am 5. Oktober 1990 bis zum Oktober 1992 gelang es, 130 Kontakte zwischen Bremer Unternehmen und Rostocker Partnern herzustellen.<sup>150</sup> Das Hansekantor war aber auch in entgegengesetzter Richtung tätig: So vermittelte es u.a. Rostocker Bauarbeiter in vier Bremer Baufirmen, damit sie dort eine Ausbildung zum geprüften Mauerpolier bzw. Beton- und Stahlbetonfacharbeiter absolvieren konnten.<sup>151</sup> Darüber hinaus erhielten zahlreiche Rostocker, die sich selbstständig machen wollten, im Hansekantor wertvolle Hilfe und Kontakte zu Bremer Partnern.

Einen hohen Stellenwert im Rahmen der Bremer Hilfsprogramme nahmen Beratung

sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (Wissenstransfer) ein, die größtenteils mit dem Transfer von Personal verknüpft waren. Bereits Anfang 1990 leistete Bremen Beratung bei der Neustrukturierung der Rostocker Bauverwaltung sowie der Wohnungsverwaltung und -bewirtschaftung. Im Zuge des Rechtsübertragungsprozesse (Übertragung des bundesrepublikanischen und EU-Rechts auf das Territorium der ehemaligen DDR) war beratende Hilfe nötiger denn je, da in der Rostocker Verwaltung die entsprechenden Kenntnisse und Kompetenzen kaum entwickelt waren. Ab Oktober 1990 intensivierte Bremen seine entsprechende Hilfe durch die Organisation von Seminaren für Rostocker Verwaltungsleute sowie durch personelle Austauschprogramme. Der Umfang des insgesamt erfolgten Personaltransfers von Bremen nach Rostock wird in Tabelle 2 dargestellt.<sup>152</sup>

Neben dem längerfristigen „Ausleihen“ von qualifiziertem Personal<sup>153</sup>, gab es noch die temporäre Hilfe durch regelmäßige Besuche von Bremer Fachleuten in Rostock. Ab November 1990 reiste ein Bremer Richter für jeweils eine Woche nach Rostock, um den Kollegen am Rostocker Kreis- und Bezirksgericht beratend zur Seite zu stehen. Des Weiteren wurden von der Bremer Justizbehörde Fortbildungsveranstaltungen in Rostock zum Familienrecht, Prozessrecht der Familiengerichte, Strafprozessrecht und Zivilprozessrecht angeboten.<sup>154</sup> Insgesamt belief sich die Hilfe, die Bremen allein für die personelle Justiz- und Verwaltungshilfe aufgewendet hat, auf rund zwei Millionen DM.<sup>155</sup>

Personaltransfer fand aber auch in der umgekehrten Richtung statt. 24 Rostocker Richterinnen und Richter aus Rostock hospitierten für mehrere Wochen am Bremer Amts- und Arbeitsgericht, um sich dort Kenntnisse

<sup>152</sup> Vgl. auch Röhl (2003): Anm. 138, S. 134f. Die Dauer des Aufenthalts der abgeordneten Personen konnte nicht in allen Fällen genau ermittelt werden.

<sup>153</sup> Bremen setzte in einigen Fällen bereits pensionierte Verwaltungskräfte, die sich freiwillig bereit erklärten, entsprechende Hilfestellung in der Rostocker Verwaltung zu geben, ein. Darunter waren erfahrene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zum Teil hohe Positionen in der Bremer Verwaltung bekleidet hatten (u.a. ein ehemaliger Bremer Senatsdirektor).

<sup>154</sup> Bremer Hilfe für die Rostocker Justiz, in: Weser Kurier vom 15.11.1990.

<sup>155</sup> Hansestadt Rostock 1991: Anm. 85, S. 23.

<sup>149</sup> Senat hilft bei DDR-Geschäften, in: Weser Kurier vom 28.6.1990.

<sup>150</sup> Hansekantor: Beratung jetzt wichtiger denn je, in: Ostsee Zeitung vom 27.10.1992.

<sup>151</sup> Leute vom Bau mit Bremer Know-How, in: Ostsee Zeitung vom 25.7.1991.

im Prozess- und Arbeitsrecht anzueignen. Des Weiteren informierten sich drei Rostocker Richter und zwei Sekretäre des Kreis- und Bezirksgerichts Rostock bei mehreren Besuchen am Bremer Arbeitsgericht über den Aufbau der Gerichtsverwaltung. Anfang Juni 1990, unmittelbar im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion, nahmen 25 Studierende und Praktiker aus Rostock an einem zweiwöchigen Intensivkurs in Bremen zum Wirtschafts- und Arbeitsrecht teil. Der Intensivkurs bildete den Auftakt für eine Ausbildung zu Diplom-Juristen im Rahmen eines Fernstudiums. Dabei ging es vor allem um die Einführung in das deutsche Kartellrecht und europäisches Wettbewerbsrecht. Von Bremer Seite aus waren Juristen der Universität, der Anwaltskammer und des Anwaltsverein sowie Vertreter der Handelskammer an der Gestaltung dieser Ausbildung beteiligt.<sup>156</sup>

So wichtig diese Hilfe war, sie hätte nicht ohne das Engagement und die Lernbereitschaft auf Seiten der Rostocker Fachleute funktioniert. Der damalige Bremer Finanzpräsident Dr. Peter Pfeiffer und Bremens Regierungsdirektor Dieter Friedrichsen betonten, dass die Rostocker Verwaltungsbeamten und Fachleute mit „ganz ungeheurem Elan und großer Motivation“ an die neuen Aufgaben und an die Fort- und Weiterbildungen herangegangen seien.<sup>157</sup> Häufig „büffelten“ die Rostocker Verwaltungsmitarbeiter selbst am Wochenende und an den Abenden, um sich die notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen anzueignen.<sup>158</sup> Entsprechend positiv fiel auf beiden Seiten das Fazit aus: Die Schulung der Rostocker Fachleute war trotz ihrer noch in der DDR erfolgten Verwaltungssozialisation völlig unproblematisch, zumal die Bremer Fachleute alles andere als „Besserwessis“ waren. Die Tatsache, dass weit über das Ende der Abordnung der Bremer Vertreter hinaus der Kontakt zu den Rostocker Fachleuten beste-

hen blieb, zeigt, wie kooperativ und vertrauensvoll die Zusammenarbeit funktioniert hat.

Die Soforthilfen von Bremen hatten in der Zeit zwischen 1990 und 1992 zentrale Bedeutung für den Aufbau einer neuen Infrastruktur und funktionierenden Verwaltung in der Partnerstadt an der Warnow. Das gilt für fast alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung

	Anzahl	Aufenthaltsdauer
Personalamt und Hauptamt	4	18 Monate
Umweltbehörde	1	
Gesundheitsamt	1	18 Monate
Finanzen	6	
Liegenschaftsamt	5	2 Jahre
Amt für offene Vermögensfragen	8	2 Jahre
Verwaltungsgericht	1 Richter	2 Jahre
Sozialgericht	1 Richter	2 Jahre
Arbeitsgericht	1 Richter	2 Jahre

Tabelle 2: Personaltransfer von Bremen nach Rostock 1990 - 1992

und Daseinsvorsorge. Als Bremen und Rostock 1992 eine neue Rahmenvereinbarung unter dem Titel „Partnerschaftliche Zusammenarbeit der Städte Rostock und Bremen 1992 und darüber hinaus“ abschlossen, war bereits eine „Konsolidierung“ des Infrastruktur- und Verwaltungsaufbaus in Rostock eingetreten. Kontakte auf Wirtschafts- und Organisationsebene hatten sich verselbstständigt, und die Hilfe der Bremer Fachleute war nur noch sporadisch notwendig. Die „degressive verlaufende Hilfe Bremens“ in den Folgejahren „korrelierte mit der steigenden Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung in Rostock“.<sup>159</sup> Sie sah sich zunehmend in der Lage, die Aufgabenwahrnehmung eigenverantwortlich wahrzunehmen. Obwohl die Bremer Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zwangsläufig eine nicht immer ganz unproblematische verwaltungsmäßige „Angleichung und Imitation“ der Rostocker Strukturen an die Bremer Strukturen mit sich brachten<sup>160</sup>, können sie insgesamt durchaus als vorbildlich und modellhaft für die westdeutsche Hilfe beim Aufbau einer eigenen kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern angesehen werden.

<sup>156</sup> Recht so: Rostocker lernen Handelsrecht, in: Weser Kurier vom 6.6.1990.

<sup>157</sup> Beamte helfen in Rostock, in: Weser Kurier vom 9.6.1990.

<sup>158</sup> Vgl. Röhl (2003), Anm. 138, S. 135f.

<sup>159</sup> Ebd., S. 141.

<sup>160</sup> Vgl. ebd., S. 142.

# Feinde, Gegner, Partner, Freunde ...

---

## Ein persönlicher Erfahrungsbericht von Christoph Kleemann

So wie die meisten der 73 Städtepartnerschaften, die bis Ende August 1989 zustande kamen, unterlag auch die 1987 von höchster Instanz gebilligte Städtepartnerschaft Rostock – Bremen der Außenpolitik der DDR. Das hat zur Folge, dass die Rostocker Einwohnerschaft nur bedingt und dürftig über die gegenseitigen Besuche informiert wird, öffentliche Auftritte der Bremer Delegation in Rostock weithin unterbunden werden und die Rostocker Gesprächspartner handverlesen sind. Die Öffentlichkeit weiß von der Städtepartnerschaft, betrachtet sie aber als Partnerschaft derer „da oben“, erst recht, nachdem Versuche Ausreisewilliger, die Bremer Seite auf ihr Problem aufmerksam zu machen, vom Geheimdienst unterbunden und kirchliche Beziehungen nach Bremen aus der Städtepartnerschaft ausgeschlossen werden. Was die „Oberen“ miteinander kungeln, interessiert viele Rostocker genauso wenig wie der Inhalt der Gespräche mit den Städtepartnern von Dünkirchen, Stettin oder Dalian. Man ist misstrauisch.

Im Herbst 1989 wendet sich das Blatt. Als Bürgerinnen und Bürger anfangen, sich gezielt in die Politik einzumischen, wird es immer schwerer, Staats- und Stadtpolitik geheim zu halten. Das Volk, das sich auf seine Rolle für die Demokratie besinnt, will alles wissen. Auch der Rostocker Bürgermeister und seine Stadträte müssen zunehmend damit leben, befragt, in Frage gestellt, kontrolliert und schließlich entmachtet zu werden. Im Moment aber geht es vor allem um Transparenz der bestehenden Strukturen und Entscheidungswege. Die Städtepartnerschaften bleiben vorerst ein marginales Thema. Anders auf westlicher Seite. Der Aufbruch in Rostocks Stadtbürgerschaft wird aus der Partnerstadt Bremen mit Spannung verfolgt. Die Entwicklungen überschlagen sich. Der Weser-Kurier berichtet fast täglich. Wie Demokratie funktioniert, weiß man im Westen.

Wie es aussieht, wenn sich ein Volk die Herrschaft erobert, ist eine neue Erfahrung.

Ich selber, der ich diese Zeilen schreibe, befinde mich zu dieser Zeit mittendrin. Ich gehöre dem Neuen Forum Rostock an und fungiere als dessen Pressesprecher. Am 4./5. Dezember 1989 befinde ich mich in Bremen. Ich soll auf dem dortigen CDU-Parteitag die politischen Ziele des Neuen Forums erläutern. Das ist nicht ganz einfach, weil das Neue Forum als Sammelbecken für Demokratiewillige kein klar umrissenes Programm vorweisen kann. Noch gärt alles, klärt sich hier und da und schäumt auch gelegentlich über. Ein junger Rostocker CDU-Vertreter hat es da leichter. Er beschwört in seiner kleinen Rede die inhaltliche Verbundenheit mit der Bremischen CDU und wird als „Bruder“ empfangen. Ich bemühe mich, den basisdemokratischen Ansatz des Neuen Forums zu beschreiben sowie den Willen zu mehr Transparenz und Unabhängigkeit von Parteivorgaben und ideologischen Prämissen. Als mich nach meinem Beitrag Dorothee Wilms, damalige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, auf offener Bühne umarmt und meint, wir lägen da wohl nicht weit auseinander, überkommt mich Zweifel, ob ich mich klar ausgedrückt habe. Ein anderer, Mitglied der Bremischen CDU-Bürgerschaftsfraktion, kommt auf mich zu. Er scheint den Prozess im Osten differenzierter zu sehen und weit davon entfernt, mich vereinnahmen zu wollen. Ihm werde ich später mit einem beispielhaften Projekt von Städtepartnerschaft wieder begegnen.

Bei meiner Rückkehr nach Rostock muss ich erfahren, genau in diesem Zeitraum ist die Bezirksbehörde der Staatssicherheit in Rostock von Bürgerinnen und Bürgern entmachtet worden. Und ich auf dem Parteitag der CDU! Als mich im März 1990 der Runde Tisch der Stadt Rostock ins Rathaus schickt, um den Oberbürgermeister zwi-

schenzeitlich zu ersetzen, den die Rostocker zum Rücktritt genötigt haben, erhalte ich als erste Reaktion ein fast überschwängliches Gratulationstelegramm aus Bremen, unterzeichnet von Bürgermeister Wedemeier. Und auf einmal gehört auch die Städtepartnerschaft Rostock – Bremen zu den Obliegenheiten, für die ich auf Rostocker Seite verantwortlich zeichne. Ich erfahre, dass zwischen beiden Städten schon allerhand gelaufen sei und Bremen sich um wirkliche Partnerschaft bemühe.

Bei einem meiner Aufenthalte in Bremen eröffnet der Bremer Bürgermeister eine Messe, bei der auch ich etwas sagen soll. Klaus Wedemeier – ganz Routinier – improvisiert freundliche Grußworte. Ich habe eine kleine, für diesen Anlass viel zu kompakte Rede vorbereitet und muss feststellen, sie überrascht die Anwesenden. Das werde ich noch öfter erleben. Meine westlichen Partner, mit denen ich künftig zu tun habe, halten meist knappe, präzise, manchmal auch launige Ansprachen, je nach Anlass. Die Redetexte lässt man sich zuarbeiten. Ich mute meinen Zuhörern oft gedankenschwere, verortende und erörternde Reden zu und bestehe bis zum Ende meiner Dienstzeit in verschiedenen Ämtern darauf, meine Ansprachen selber zu schreiben. Vielleicht muss ich mich in dieser turbulenten Zeit selber meiner eigenen Grundpositionen vergewissern und nehme mir die Freiheit, meine Zuhörer einzubeziehen.

Nach den Kommunalwahlen im Mai übernimmt das Oberbürgermeisteramt in Rostock Klaus Kilimann, Mitglied der jungen Rostocker SPD. Als Präsident der Rostocker Bürgerschaft – nicht nur mit einer Partei übergreifenden Aufgabe betraut, sondern selber weiterhin parteilos – beobachte ich, wie Amt für Amt von den Parteien, vor allem von der SPD, besetzt wird. Die Partnerstadt Bremen leistet in dieser Aufbruchzeit als ein verlässlicher und großzügiger Partner wichtige, auch personelle Aufbauhilfe. Schaut man genauer hin, sieht man vor allem die Bremer SPD am Werk, die mit ihrer Unterstützung zugleich auch der noch schwachen Schwesterpartei zu Hilfe kommt. Die Zeit der Bürgerbewegung ist vorbei.

Entsprechend meinem Amt konzentrieren sich meine Kontakte in die Partnerstadt auf die Bremische Bürgerschaft und ihren

Präsidenten Dieter Klink, der mir zu einem wichtigen Ratgeber wird. In der ersten Legislaturperiode der neuen Rostocker Bürgerschaft kommt es zu vielen Begegnungen. Mal besucht eine Fraktion ihre Schwesterfraktion, mal das Präsidium sein Bruderpräsidium, mal begehen wir einen Festtag gemeinsam in Bremen oder in Rostock. Unsere Gespräche drehen sich nicht um parteistrategische Themen. Dafür wäre ich auch nicht der geeignete Adressat. Wir Rostocker schauen und hören vor allem zu, machen uns kundig, beraten kommunalpolitische Konfliktfälle. Bei aller Unterschiedenheit von Bremischer Bürgerschaft als Landesparlament und Rostocker Bürgerschaft als rein kommunalpolitisches Gremium erlebe ich diese Phase der Zusammenarbeit als ausgesprochen fruchtbar. In Bremen werden wir auch zum ersten Mal Augenzeugen einer großen Schülerdemonstration. Als wir mit Senator Scherf, der sich offen den Protesten stellt, auf den Treppen des Bürgerschaftsgebäudes stehen, werden wir – auch das zum ersten Mal – mit Tomaten beworfen. Eine andere Art von Demonstration begegnet uns am Tag der Deutschen Einheit, wo man uns, als wir durch die Absperungen geleitet werden, „Bonzen“ nachruft. Der Stich sitzt. Nur allzu gut ist uns der Begriff noch vertraut im Blick auf die Vertreter der „Arbeiter- und Bauernmacht“. Sind wir in dieser kurzen Zeit etwa schon verwechselbar geworden? Wir ahnen, dass es so friedlich wie im Herbst '89 auch bei uns auf Dauer nicht bleiben wird.

Mir fällt auf, jedes Mal, wenn wir in Bremen zu Gast sind, lautet eine der ersten Fragen: „Was macht Schlieff? Was macht Schliebs, was macht ...?“ Dann folgen Namen von Stadträten aus sozialistischer Zeit. Hat sich das Verhältnis zwischen den Rostocker Partner-Delegationen und den Bremer Gesprächspartnern in den ersten beiden Jahren der Städtepartnerschaft persönlicher gestaltet, als es die Rahmenbedingungen des SED-Politbüros zuließen, obwohl doch jede Begegnung von der Staatssicherheit begleitet wurde, schon durch die Genannten selber? Freundschaftliche Kontakte, Duz-Verhältnisse und private Einladungen werden von der Stasi als Missbrauch der Städtepartnerschaft denunziert.

War auf der Bremer Seite der Glaube an

## Dokumentationsverzeichnis

---

Rahmenvereinbarung 1987	55
Jahresplan 1988	60
Jahresplan 1989	62
Jahresplan 1990	64
Gespräch Wedemeier – Honecker vom 1. Juli 1987	67
Protokoll der Sitzung der Bremischen Stadtbürgerschaft vom 3. September 1987	71
Rede von Klaus Wedemeier vor der Rostocker Stadtverordnetenversammlung vom 18. August 1987	87
Rede von Henning Schleiff vor der Bremer Stadtbürgerschaft vom 18. Oktober 1987	91
Übersicht über Aufenthalte und Aktivitäten von Juli 1987 bis Oktober 1989	95

---